



1. Dezember 2003, 08:49, Neue Zürcher Zeitung

Vor neuem Versuch der Entflechtung

Reaktionen zu den drei abgelehnten Kirchenvorlagen

Die Befürworter der drei Kirchenvorlagen sind enttäuscht über das Abstimmungsergebnis. Als Gründe für die deutliche Ablehnung sehen sie die Anerkennungsfrage sowie das komplexe Reformpaket. Die Gegner der Vorlagen wollen zunächst die Kirchensteuerpflicht juristischer Personen abschaffen und erhoffen sich nun eine Entflechtung auf Verfassungsebene - sonst überlegen sie sich eine Trennungsinitiative.

pi. SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, Co-Präsident des Komitees «3 Mal Nein zu den Kirchenvorlagen», zeigte sich vor den Medien «erleichtert, aber nicht euphorisch» über die klare Ablehnung der drei Kirchenvorlagen. Die Stimmberechtigten hätten den Versuch abgeblockt, das Staatskirchentum im Kanton Zürich auszubauen und die Kirchen weiter zu privilegieren. Anhand eines konkreten Beispiels, der «Koranschulen», hätten die Gegner der Kirchenvorlagen aufgezeigt, welche Konsequenzen das Anerkennungsgesetz gehabt hätte. Neue Religionsgemeinschaften hätten ohne Mitsprache des Volks anerkannt werden können. Ein solcher Demokratieabbau sei nicht akzeptiert worden. Schlüer kritisierte ebenso wie alt Kantonsrat Andreas Honegger (fdp.), dass weder die Regierung noch die Kirchen während der Revision des Kirchen-Staats-Verhältnisses das Gespräch mit den Trennungsbefürwortern von 1995 gesucht hatten. Nun liege die Quittung vor. Beide Politiker hoffen, dass die Exponenten beider Institutionen nun bereit sind, das Gespräch mit ihnen aufzunehmen und an einer echten Entflechtung mitzuarbeiten.

Forderungen der Abstimmungssieger

Erste Schritte in diese Richtung werden bereits in den kommenden Tagen erfolgen. Am Montag reicht die SVP im Kantonsrat einen Vorstoss ein, gemäss welchem die Kirchensteuerpflicht für juristische Personen abgeschafft werden soll. Nach Angaben von Nationalrat Hans Kaufmann (svp.) sollen die 100 Millionen Franken aus dem Steuerertrag besser für die Wirtschaft eingesetzt werden. Die Unternehmen sollten frei entscheiden können, ob sie Steuern zugunsten der Kirchen bezahlen möchten oder nicht.

Neben der Besteuerungsfrage liegen auch erste Ideen für eine stärkere Entflechtung von Kirche und Staat auf dem Tisch. Verfassungsrat Gregor Rutz (svp.) schlägt vor, dass die Kirchgemeinden inskünftig keine Spezialgemeinden nach Staatsrecht mehr sein sollen. Sie sollten sich, so Rutz, nicht mehr territorial, sondern personell organisieren. Dadurch erhielten die Kirchen und die Kirchgemeinden mehr Autonomie und würden vom Staat losgelöst. Die Kirchen hätten mehr Freiraum und könnten auch die Stimm- und Wahlrechtsautonomie einführen. Die Gegner der Kirchenvorlagen machten am Sonntagabend indes eines klar: Sollten die jetzt anstehenden Entflechtungsschritte im Zusammenhang mit der Totalrevision der Kantonsverfassung nicht

gelingen, dann könnte eine weitere Initiative zur Trennung von Kirche und Staat anstehen.

Enttäuschung bei den Kirchen

Solch konkrete Vorstellungen waren bei den Befürwortern der Kirchenvorlagen noch nicht auszumachen. Die Enttäuschung über die Niederlage war Kirchenratspräsident Ruedi Reich und René Zihlmann, Präsident der römisch-katholischen Zentralkommission, ins Gesicht geschrieben. Zunächst müssten die Abstimmungsergebnisse analysiert werden, erst dann könne aufgezeigt werden, in welche Richtung die Reformierung des Verhältnisses sich entwickeln könnte. In ersten Kommentaren machten Reich und Zihlmann zwei Gründe für die Niederlage geltend: Erstens die Diskussion um die Koranschulen und die Angst vor dem Islam und zweitens die Anerkennungsfrage. Zudem habe das Reformpaket als Ganzes offenbar nicht zu überzeugen vermocht. Auf der einen Seite hätte man im Kanton Zürich in der Autonomiefrage ein längst fälliges Postulat erfüllt; auf der anderen wäre man bei der Anerkennung von Religionsgemeinschaften weitergegangen als alle anderen Kantone.

Misstrauen gegenüber Nichtchristen

Die beiden jüdischen Vertreter, Harry Berg, Präsident der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich, und Nicole Poëll, Präsidentin der Jüdischen Liberalen Gemeinde Or Chadash, zeigten sich «masslos enttäuscht». In der Ablehnung des Anerkennungsgesetzes sieht Berg ein Misstrauensvotum der Stimmberechtigten gegen nichtchristliche Minderheiten. Nach 140 Jahren wäre eine Anerkennung der jüdischen Gemeinden im Kanton Zürich angebracht gewesen, meinte Poëll. Sie bedauert, dass die Kampagne der Gegner - «Steuer Gelder für Koranschulen?» - auf derart fruchtbaren Boden gefallen sei.

«Das Vertrauen gestärkt» - Gespräch mit Markus Notter

Herr Regierungsrat, haben Sie ein derart klare Ablehnung der Kirchenvorlagen erwartet?

Markus Notter: Die Ausgangslage war schwierig - vor allem nachdem SVP und FDP undifferenzierte Nein-Parolen gefasst hatten. Ich bedauere, dass eine sechsjährige konstruktive Arbeit über die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat gescheitert ist und dass im Abstimmungskampf zu wenig differenziert wurde. Ich hoffte, dass wenigstens die Verfassungsänderungen und das neue Kirchengesetz angenommen würden.

Welches sind Ihrer Meinung nach die Gründe für das Nein?

Mit ausschlaggebend war sicher die polemische Kampagne gegen die Koranschulen und den Islam. Die Stimmungsmache und die höchst kontrovers diskutierte Anerkennungsfrage haben wohl alle drei Kirchenvorlagen zu Fall gebracht.

Muss sich die Regierung nun den Vorwurf gefallen lassen, sie habe dem Volk ein viel zu komplexes Paket vorgelegt?

Uns waren die Hände gebunden. Es war die FDP-Fraktion, die wünschte, dass über das Gesamtpaket abgestimmt würde. Das ist ja gerade das Paradoxe an der Situation: Jetzt wird Kritik laut, niemand habe die Vorlagen richtig durchschaut, man hätte am besten über die Reformpunkte einzeln abgestimmt. Mag sein, dass dies besser gewesen wäre, aber der Kantonsrat wollte dies anders.

Wie geht es jetzt weiter?

Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat muss im Zusammenhang mit der Totalrevision der Kantonsverfassung neu geregelt werden. Dabei gilt es, nach dem Abstimmungsausgang zu eruieren, welche Punkte wie reformiert werden sollen. Sollten beispielsweise die Religionsgemeinschaften einzeln anerkannt werden, dann muss man sich gut überlegen, welche Gemeinschaften nach welchen Kriterien.

Sehen Sie nach dem emotionalen Abstimmungskampf den religiösen Frieden gefährdet?

Nein, ich denke nicht. In den letzten Jahren und Wochen haben sich die Religionsgemeinschaften und der Staat intensiv miteinander beschäftigt. Es ist ein neues Vertrauensverhältnis entstanden. Dieses ist durch die Abstimmungskampagne der Gegner nicht geschwächt, sondern vielmehr gestärkt worden.

Interview: pi.

Muslime sehen sich als Opfer

pi. Taner Hatipoglu, Vizepräsident der Vereinigung der Islamischen Organisationen Zürich (Vioz), zeigte sich auf Anfrage betrübt über die deutliche Ablehnung des Kirchengesetzes - und zwar vor allem deshalb, weil sich die Kampagne der Gegner direkt gegen die Muslime gerichtet habe. Viele Muslime sähen sich nun in ihren Gefühlen bestätigt: Sie würden in der Schweiz lediglich als Bürger dritter Klasse angesehen. Auch die Ahmadiyya-Bewegung klagte in einem Communiqué an, wie im Abstimmungskampf mit der Wahrheit umgegangen worden sei. «Der Schaden, der durch eine solche Lüge entsteht, ist enorm, denn Vorurteile werden verstärkt, und es wird noch schwieriger, sie zu korrigieren», heisst es in der Mitteilung. Auch wenn Hatipoglu bei vielen Muslimen Resignation und Pessimismus geortet hat, blickt er in die Zukunft. Die islamischen Gemeinschaften müssten mit ihren Integrationsbemühungen weiterfahren und die positiven Beziehungen zur Bevölkerung und zum Staat pflegen und verbessern. Hatipoglu übte auch Selbstkritik und sagte, die Muslime müssten sich der Bevölkerung wohl noch besser erklären. «Eine solche Kampagne gegen islamische Gemeinschaften darf nicht wieder vorkommen», hofft Hatipoglu.

.....
Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

<http://www.nzz.ch/2003/12/01/zh/page-article99IR6.html>
.....

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG
.....